

Bern, den 31. Januar 2013

Vernehmlassung: Energiestrategie 2050

Sehr geehrte Damen und Herren

Die Bürgerlich-Demokratische Partei Schweiz bedankt sich für die Möglichkeit der Stellungnahme zur Vernehmlassung zur Energiestrategie 2050.

I. GESAMTBEURTEILUNG

Die BDP Schweiz unterstützt grundsätzlich die Stossrichtung, die der Bundesrat mit der Energiestrategie 2050 verfolgt. Die „bisherige Stromversorgungssicherheit, die sich durch hohe Qualität, gute Verfügbarkeit, eine weitgehend CO₂-freie Produktion und wettbewerbsfähige Preise auszeichnet“, soll auch in Zukunft garantiert werden, so der Bundesrat. Die BDP Schweiz ist jedoch der Meinung, dass die Verbrauchs- und Produktionsvorgaben im Sinne politischer Ziele zwar definiert werden müssen, aber nicht in der Gesetzgebung verankert werden sollen. Zu unsicher sind gesellschaftliche, staatliche sowie wirtschaftliche Entwicklungen, als dass gesetzesgültige Vorgaben gemacht werden könnten.

Der geordnete Ausstieg aus der Kernenergie, die Reduktion des Anteils fossiler Energie, die Senkung des Energieverbrauchs pro Kopf sowie die Stabilisierung des Stromverbrauchs sind anspruchsvolle Ziele, die umfassende Massnahmen nach sich ziehen. Soll insbesondere der Energieverbrauch reduziert werden, müssen die Ziele im Bereich Stromeffizienz hinterfragt werden.

Die BDP Schweiz vermisst jedoch eine konkrete Darlegung, wie die zweite Etappe der Energiestrategie 2050 aussehen und umgesetzt werden soll. Verschiedene Massnahmen werden im erläuternden Bericht als politisch schwer durchsetzbar bezeichnet und deren Diskussion sodann auf einen späteren Zeitpunkt verschoben. Es ist nicht überzeugend, nur die Ziele festzuschreiben und nicht auch gleichzeitig die Auswirkungen und die für die unveränderte Sicherstellung der Versorgungssicherheit erforderlichen Massnahmen darzustellen. Hinzu kommt, dass mit den nun vorgeschlagenen Massnahmen der ersten Etappe diese Vorgaben gemäss Bundesrat nicht einmal zur Hälfte erreicht werden können.

II. BEMERKUNGEN ZU EINZELNEN BESTIMMUNGEN

1. Massnahmen im Bereich der Energieeffizienz

Die BDP Schweiz unterstützt grundsätzlich den Fokus des Bundesrates auf die Energieeffizienz. Die Energiestrategie 2050 ist aber aus Sicht der BDP Schweiz zu stark auf Massnahmen im Bereich Strom fokussiert. Die Sicherstellung der künftigen Energieversorgung der Schweiz erfordert einen gesamtheitlichen Ansatz, der alle Energieträger gleichermassen mit einbezieht.

Des Weiteren ist die BDP Schweiz der Meinung, dass auch Überlegungen zur Energieeffizienz im öffentlichen Raum gemacht werden müssen (z.B. LED-Beleuchtung oder Natriumdampflampen, Bewegungsmelder etc.). Solche Überlegungen fehlen in der Vorlage. Insbesondere im Bereich der

Strassenbeleuchtung ist noch Potential vorhanden. Die Gemeinden sollen dort zwingend, aber in eigener Regie, Quecksilberdampflampen und weitere stromfressende Lampen rasch durch neuere Modelle ersetzen. Dies kann im Rahmen des regulären Ersatzes der Leuchtmittel kostengünstig umgesetzt werden.

1) Gebäude

Da der Gebäudepark Schweiz rund 46 Prozent am inländischen Energieverbrauch ausmacht, sieht auch die BDP Schweiz in diesem Bereich grosses Energiespar- respektive Effizienzpotenzial.

Die BDP Schweiz begrüsst den Gebäudeenergieausweis (GEAK). Sie erachtet diesen als geeignetes Mittel zur Erreichung der energiepolitischen Ziele, weil er zum einen die Eigentümer sensibilisiert und zum anderen die Energieeffizienz eines Gebäudes zu einem Element der Preisbildung auf dem Liegenschaftsmarkt macht. In diesem Sinne ist der GEAK eine geeignete Grundlage, um Vorschriften zu formulieren und Fördermodelle zu entwickeln. Ein mögliches Fördermodell sind die bereits bekannten Steuerabzüge.

Die BDP Schweiz setzt sich dafür ein, dass für neue Gebäude hohe Anforderungen gestellt und laufend der Entwicklung der Technik angepasst werden. Zudem soll der Ersatz von ortsfesten elektrischen Widerstandsheizungen und Elektroboilern durch erneuerbare Energien verstärkt unterstützt werden. Dies ist im Sinne der Energieeffizienz generell zu begrüssen, da insbesondere Elektroheizungen ineffizient und für 10 Prozent des schweizerischen Stromverbrauchs verantwortlich sind.

2) Industrie und Dienstleistungen

Die Zielvorgabe im Sektor Industrie und Dienstleistungen (Reduktion des Stromverbrauchs von zirka 8 TWh) ist hoch angesetzt. Mit einem Ausbau der wettbewerblichen Ausschreibungen können die finanziellen Anreize zur Ausschöpfung der Stromeffizienzpotenziale verstärkt werden. Die BDP Schweiz begrüsst diese Massnahme. Entscheidend wird jedoch sein, diese mit den anderen Lenkungsinstrumenten zu vereinbaren.

3) Mobilität

Die BDP Schweiz ist der Meinung, dass die anvisierten Ziele, insbesondere das CO₂-Ziel, nur erreichbar sind, wenn auch für den Verkehr neue, strengere Regeln zur Anwendung kommen. Die Verschärfung des CO₂-Emissionszielwerts für die erstmals in Verkehr gesetzten Personenwagen auf durchschnittlich 95 g CO₂/km bis Ende 2020 stellt zwar die Industrie vor eine hohe Herausforderung, ist aber gut angesetzt. Speziell bei den Lieferwagen besteht ein grosses Potenzial. Der vorgeschlagene Grenzwert bei Lieferwagen ist richtig: er ist genügend ambitioniert und auch erreichbar. Zu betonen ist, dass die Abstimmung der beiden Grenzwerte mit der EU ein Muss darstellt.

Die BDP Schweiz sieht des Weiteren in der längerfristigen Einführung eines nutzungsabhängigen Systems zur Finanzierung der Verkehrsinfrastruktur (z.B. Mobility Pricing) eine weitere Massnahme in diesem Bereich, die in die Vorlage aufzunehmen ist.

4) Elektrogeräte

Die BDP Schweiz unterstützt die Verschärfung der Vorschriften für Beleuchtungen, Haushaltsgeräte, elektronische Geräte (Stand-by-Verbrauch) und Elektromotoren. Insbesondere begrüssenswert ist die Neuzuweisung der Kompetenz zum direkten Erlass von Effizienzvorschriften für Elektrogeräte an den Bundesrat sowie die Orientierung an den Entwicklungen in der Europäischen Union betreffend den Anforderungen.

5) Stromversorgungsunternehmen

Die BDP Schweiz ist der Meinung, dass es richtig ist, im Energiebereich auf die Innovationskraft des Marktes zu setzen. Deshalb ist zu betonen, dass die Energiepreise in der Schweiz keinen Wettbewerbsnachteil gegenüber dem Ausland darstellen dürfen. Ein funktionierender Markt bedingt

Wettbewerbsfähigkeit für alle. Von einem Alleingang in der Verteuerung der Energie ist deshalb abzusehen. Der Energiewirtschaft ist es ein wichtiges Anliegen, die Versorgungssicherheit künftig in einem wettbewerblichen Umfeld zu den bestmöglichen Konditionen sicherstellen zu können. Diesem Anliegen sollte Rechnung getragen werden. Für die ganze Schweiz stellt die Versorgungssicherheit einen wichtigen Standortfaktor dar, von dem die Schweizer Wirtschaft und letztendlich auch der Staat sowie die Gesellschaft profitieren.

Die Schweiz lebt auch vom Stromhandel. Das Verbundnetz ermöglicht es uns, in Zeiten der Überproduktion den Strom zu exportieren und in Mangelzeiten den Strom zu importieren. Die BDP Schweiz steht grundsätzlich hinter diesem System. Dennoch ist sie der Meinung, dass die Schweiz eine Kraftwerkskapazität haben sollte, die in der Lage ist, unser Land ohne fremde Hilfe zu versorgen. Des Weiteren fordert die BDP Schweiz, dass die Schweizer EVUs die benötigten Kraftwerke in der Schweiz bauen, um Arbeitsplätze innerhalb unseres Landes zu schaffen. Nicht zuletzt wird dadurch auch eine verbrauchsnahe Stromerzeugung gefördert, was grundsätzlich wünschenswert ist. Dafür müsste für die schweizerischen Elektrizitätsversorgungsunternehmen mit gesetzlichen Massnahmen Rechtssicherheit geschaffen werden.

Die BDP Schweiz lehnt die vorgeschlagene, einseitig auf den Stromabsatz zielende Vorgabe mit dem Zertifikatensystem "weisse Zertifikate" ab. Bei den Zielen für effizienten Energieeinsatz sind alle Energieträger gleichermassen mit einzubeziehen. Die Einführung des Systems würde zudem einen grossen Administrationsaufwand mit noch ungelösten Herausforderungen bedeuten: Festlegung der Systemgrenze, Anpassung an externe Faktoren wie Wirtschaftslage, Additionalität, Konkurrenz zu anderen Massnahmen (Zielvereinbarung für Unternehmen und wettbewerbliche Ausschreibungen), Potenzial für falsche Anreize (Batterien für dezentrale Speicherung müssten vom EVU verboten werden). Zur Steigerung der Energieeffizienz sind alternative Lösungsmodelle zu entwickeln, die sich möglichst am Marktmechanismus orientieren.

2. Massnahmen im Bereich der erneuerbaren Energien

Die BDP Schweiz unterstützt insbesondere die verstärkte Förderung der erneuerbaren Energien und den damit einhergehenden Wechsel von zentraler zu vermehrt dezentraler und unregelmässiger Stromerzeugung. Die BDP Schweiz ist sich bewusst, dass damit Speicherkapazitäten geschaffen werden müssen, um während den Überschusszeiten den überschüssigen Strom zu speichern und in den schwachen Produktionsphasen einzusetzen. Zu erwähnen ist, dass das vorgeschlagene Massnahmenpaket der Bedeutung der Speicherung nicht gerecht wird. Eine Förderung der erneuerbaren Energien ohne Förderung der Speicherung ist nicht zielführend. In diesem Sinne setzt sich die BDP Schweiz für eine Förderung im Bereich der Speicherung ein und unterstützt die geplanten Pumpspeicherwerke. Leider enthält die vorliegende Energiestrategie 2050 keine Bestimmungen, um die Rahmenbedingungen für Pumpspeicherkraftwerke zu verbessern. Diesbezüglich muss die Energiestrategie 2050 ergänzt werden. Da sich aber auch der Bundesrat bewusst ist, dass jene geplanten Pumpspeicherwerke kaum reichen werden und er deshalb die Forschung in diesem Bereich an der ETH fördern will, sollte er die restlichen 60 Millionen aus der Sonderbotschaft zum Aktionsplan «Koordinierte Energieforschung Schweiz» der ETH zugestehen und sie diese nicht aus dem bereits vom Parlament gewährten Rahmenkredit nehmen lassen.

1) Wasserkraft

Der postulierte Ausbau der Wasserkraft, mit dem die durchschnittliche inländische Produktion im Jahr 2035 bei mindestens 37.4 TWh und im Jahr 2050 bei mindestens 38.6 TWh liegt, ist grundsätzlich zu begrüssen. Die einheimische Wasserkraft ist eine sehr effiziente und umweltschonende Form der Stromproduktion und wird auch in Zukunft die wichtigste Stütze im Schweizer Strommix bleiben. Klar ist, dass unter den heutigen Bedingungen das vom Bundesrat postulierte Ausbauziel unrealistisch ist. Die technisch und wirtschaftlich attraktivsten Standorte werden seit langem genutzt und die Konflikte mit Schutzanliegen und anderen Interessen sind zahlreich.

Soll der Beitrag der Wasserkraft zur Schweizer Stromversorgung gehalten oder gar erhöht werden, braucht es eine weitsichtige, umfassende Politik, die sowohl zur bestehenden Produktion Sorge trägt, als auch geeignete Rahmenbedingungen für die Erneuerung sowie den wirtschaftlichen und umweltverträglichen Ausbau setzt. Es braucht grundlegende und weitreichende Anpassungen der Rahmenbedingungen und neue Kompromisse zwischen Schutz und Nutzung. Ohne neue Kompromisse und Anpassungen ist längerfristig mit einem Rückgang der Produktionserwartung zu rechnen.

Zwar gehen die in der Energiestrategie vorgeschlagenen Massnahmen in die richtige Richtung. Deren Wirkung beurteilt die BDP Schweiz allerdings als eher gering und sie genügen für die Erreichung des Ausbauziels keineswegs. Wenn das vom Bundesrat vorgeschlagene Ausbauziel tatsächlich erreicht werden soll, müssen weitergehende Massnahmen (z.B. im Bereich der Bewilligungsverfahren, Einschränkung der Einsprache- und Beschwerderechte, erschwerter Zugang zum Bundesgericht etc.) umgesetzt werden.

2) Windkraft

Die Windkraft ist im Gesetzestext eng mit der Wasserkraft verknüpft. Dies ist zwar nachvollziehbar, jedoch steht die BDP Schweiz der vorgeschlagenen Lösung kritisch gegenüber. Zu bedenken ist, dass mit den vorgesehenen Richtplaneinträgen, die auf der heutigen Technik basieren, künftige Technologien unnötig blockiert werden könnten. Keinesfalls sollen die Nutzungsplanungen am Schluss dazu führen, dass mehr Windkraftwerke verhindert statt realisiert werden können.

3) Finanzielle Förderung

Um das Ausbauziel im Bereich der erneuerbaren Energien zu erreichen, ist eine Verbesserung der Rahmenbedingungen zwingend notwendig. Für die BDP Schweiz wäre eine marktwirtschaftlich ausgestaltete Quotenregelung, je nach Bereich in Kombination mit der KEV, sinnvoll. Sie sieht in der Effizienz der Quote einen grossen Vorteil. Mit der Quote würde sichergestellt, dass in jene Technologie im Bereich der erneuerbaren Energien investiert wird, welche pro Franken am meisten Strom liefert.

Gerade in Bezug auf die Photovoltaik ist zu berücksichtigen, dass der Input im Vergleich zum Output gross ist. Mit einer Quote würde diesem Umstand Rechnung getragen. In diesem Sinne unterstützt die BDP Schweiz die Entfernung des Kostendeckels für die Bereiche Wind, Geothermie, Kleinwasserkraft und Biomasse, nicht aber für die Photovoltaik. Jene soll gemäss Energiestrategie 2050 nicht vollumfänglich von der Entfernung des KEV-Kostendeckels profitieren. Einerseits wird mit dem geplanten Zubaukontingent dem Technologiefortschritt, insbesondere auf der Kostenseite, Rechnung getragen. Bei einem weiteren Technologiefortschritt ist es möglich, das Zubaukontingent rasch anzupassen. Andererseits trägt es dem Umstand Rechnung, dass eine ungedeckelte PV-Förderung sehr teuer werden kann. Eine Möglichkeit sieht die BDP Schweiz in einem befristeten KEV-Kostendeckel, welcher je nach Technologiefortschritt verlängert oder angepasst werden könnte.

In Bezug auf die Photovoltaik ist die BDP Schweiz ausserdem damit einverstanden, dass Photovoltaik-Anlagen mit einer Leistung unter 10 kW ausserhalb des Modells der Einspeisevergütung gefördert werden. Eine Verschlankung des KEV-Systems durch eine Ausrichtung auf grosse Anlagen ist sinnvoll. Entscheidend ist hier, ob die vorgeschlagene einmalige Entschädigung einen genügend grossen Anreiz für private Hausbesitzer darstellt. In diesem Sinne zieht die BDP Schweiz die Einmalvergütung dem Net Metering vor. Des Weiteren lehnt die BDP Schweiz den Ausschluss von Kehrichtverbrennungs- und Kläranlagen aus der KEV ab.

4) Unterstützende Massnahmen

Die Beschleunigung der Bewilligungsverfahren für den Bau von Anlagen zur Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien ist auch in den Augen der BDP Schweiz richtig. Es macht Sinn, auf Stufe Bund eine Koordinationsstelle für Bewilligungen ("Guichet unique") zu schaffen, welche die Bewilligungen des Bundes sammelt und gebündelt weiterleitet. Es bleibt jedoch unklar, wie der Bund konkret vorgehen will. Es lassen sich in den Vernehmlassungsunterlagen keine Konkretisierungen finden.

Die BDP Schweiz begrüsst insbesondere die gesetzliche Verankerung der Nutzung erneuerbarer Energien als nationales Interesse. Damit wird das Anliegen eines Ausbaus der erneuerbaren Energien grundsätzlich auf gleiche Stufe wie das Schutzniveau nach dem Natur- und Heimatschutzrecht gestellt. Dieser Entscheid ist richtig, da das nationale Interesse an jenem Ausbau gleich- oder höherwertig ist wie das Erhaltungsinteresse an Objekten in den Bundesinventaren des Natur-, Landschafts-, Heimat- oder Ortsbildschutzes. Dennoch ist die BDP Schweiz der Meinung, dass das Zuerkennen eines nationalen Interesses nur für grosse Anlagen möglich sein soll, nicht aber für kleinere Anlagen. Entsprechend ist Art. 15 EnG (Entwurf vom 28. September) zu streichen.

3. Massnahmen im Bereich fossiler Kraftwerke

1) Wärme-Kraft-Kopplungs-Anlagen (WKK-Anlagen)

Die BDP Schweiz ist der Ansicht, dass mit der vorgeschlagenen finanziellen Förderung analog der KEV die Einhaltung der Klimaziele unnötig gefährdet wird. Sie ist deshalb abzulehnen. Für die BDP Schweiz ist es nicht verständlich, warum Gaskraftwerke faktisch fast verhindert, dafür ineffizientere, ökologisch fragwürdigere und volkswirtschaftlich teurere WKK-Anlagen ausgebaut und gefördert werden sollen. Eine Überlegung wert wäre jedoch die Möglichkeit, die Stromversorgung im Winter durch einen gewissen Ausbau der WKK sicherzustellen. Dieser würde sich aber auf dicht besiedelte Gebiete in Stadtzentren beschränken, die weder durch Wärmepumpen beheizt noch umfassend saniert werden können. Bei grossen Heizungsanlagen wird eine Förderung befürwortet, allerdings nur für die damit einhergehende Wärmenutzung (Speicher, Wärmeverteiler/ Nahwärmesysteme). Die Förderung von Wärmeverbunden sollte im Vordergrund stehen. Dies deshalb, weil wärmegeführte Anlagen einen Beitrag zur Netzstabilität leisten, wenn sie in einem solchen Wärmeverbund mit verschiedenen alternativen Quellen der Wärmeerzeugung und/oder mit Speichern eingebunden sind.

2) Gaskombikraftwerke (GuD)

Die BDP Schweiz ist der Meinung, dass zur Gewährleistung der inländischen Versorgungssicherheit möglicherweise in einer Übergangszeit Gaskombikraftwerke eingesetzt werden können. Die entsprechenden Voraussetzungen sind deshalb vorsorglich zu schaffen – wozu auch eine geeignete Gasinfrastruktur mit angemessener Speichermöglichkeit gehört.

4. Netze

Die BDP Schweiz begrüsst grundsätzlich die vorgeschlagenen Regelungen zur Verfahrensbeschleunigung auf dem Gebiet des Elektrizitätsrechts. Jedoch sind jene vorgeschlagenen Regelungen noch nicht ausreichend, um die notwendigen Leitungen schnell genug realisieren zu können. Die BDP Schweiz fordert deshalb, dass die Bewilligungsdauer einer neuen Hochspannungsleitung keine 5 Jahre mehr überschreiten soll.

Die vorgeschlagenen Regelungen zur Einführung und Kostentragung von intelligenten Messsystemen unterstützt die BDP Schweiz. Sie ist aber der Meinung, dass die Regelung nicht technisch orientiert sein darf, da die zukünftigen Entwicklungen kaum vorhersehbar sind. Vielmehr soll die Anrechnung hauptsächlich nach der Funktionalität geregelt werden.

Eigenverbrauch und Netztarife

Die Kosten des Verteilnetzes werden über die Netztarife auf die Endverbraucher umgelegt. Im Sinne der Versorgungssicherheit sind das Verteilnetz und die Anschlüsse so dimensioniert, dass jederzeit die für den Konsum benötigte Leistung (kW) über die Infrastruktur bezogen werden kann.

Entsprechend werden den Stromverbrauchern die Kosten der Infrastruktur auch primär nach Massgabe der in Anspruch genommenen Kapazität angelastet (Art. 16 StromVV).

Die Vorstösse zum Eigenverbrauch in der Vernehmlassungsvorlage lassen offen, ob und inwieweit diese solidarische Kostentragung für die bereitgestellte Netzkapazität zulasten von Kunden ohne Eigenerzeugung aufgehoben wird. Die Ansätze zur Eigenverbrauchsregelung (Art. 17 ff.) sind hier nicht präzise ausformuliert. Da auch ein Haushaltskunde mit Photovoltaik zum Eigenverbrauch seinen Anspruch auf eine vollständige Belieferung aus dem Verteilnetz nicht verliert und entsprechend auch das Verteilnetz gemäss diesem Anspruch auf Versorgungssicherheit ausgebaut ist bzw. weiter auszubauen ist, muss umgekehrt auch sichergestellt werden, dass der Kunde gemäss dieser vorgehaltenen Kapazität Netztarife entrichtet. Daher lehnt die BDP Schweiz Ansätze zur Befreiung respektive Reduktion der Netzentgelte nach Massgabe des Eigenverbrauchs des Kunden ab und fordert eine entsprechende Präzisierung der Regelungen zum Eigenverbrauch. Zu präzisieren wäre, dass sich das Netznutzungsentgelt nach der insgesamt verbrauchten Strommenge (d.h. eigenerzeugter Strom und vom Netz bezogener Strom) richtet. Alternativ wäre das Netztarifsystem umzugestalten und die Netzentgelte gemäss der angeschlossenen Kapazität zu ermitteln.

5. Kernenergie

Die BDP Schweiz ist der Meinung, dass die jetzigen Kernkraftwerke möglichst lange in Betrieb bleiben müssen. Der Zubau an neuen erneuerbaren Energien wird nicht so schnell vorankommen wie gewünscht. Die BDP Schweiz unterstützt in diesem Sinne den Entscheid, die bestehenden Schweizer KKW und die in absehbarer Zukunft auslaufenden Langfristverträge mit Frankreich mittelfristig nicht durch den Bau von Ersatz-Kernkraftwerken mit heutiger Technik zu ersetzen. Gemäss der Energiestrategie 2050 sollen die bestehenden schweizerischen Kernkraftwerke bis zum Ende ihrer sicherheitstechnischen Lebensdauer betrieben werden können. Die Kernkraftwerke sollen am Netz bleiben, solange die Sicherheit und Wirtschaftlichkeit gewährleistet sind. Die BDP Schweiz begrüsst auch diesen Entscheid, denn unbefristete Betriebsbewilligungen weisen gegenüber befristeten Betriebsbewilligungen entscheidende Vorteile auf. Das soll nicht ausschliessen, dass in der Endphase zwischen Betreibern und Behörden feste Schliessungstermine und die zu treffenden Massnahmen verbindlich vereinbart werden.

Für die BDP Schweiz soll die Forschung im Bereich der Kernkraft weitergeführt werden. Falls eine neue Generation von Kernkraftwerken sicherheitstechnisch unbedenklich sein sollte, muss diese im Vergleich zum bis dahin erreichten Ausbau der erneuerbaren Energien, neu evaluiert werden können.

Wir danken für die wohlwollende Prüfung und Berücksichtigung unserer Überlegungen.

Mit freundlichen Grüssen



Martin Landolt, Präsident BDP Schweiz



Hans Gruner, Nationalrat BDP Schweiz